

Eskalation im „sicheren Hafen Unna“: „Das Unmenschlichste, was ich in diesem Ratssaal jemals gehört habe“

Von
Redaktion

29. Februar 2020



Junger Asylbewerber am Hafen. (Fotoquelle: Pixabay)

Die Debatte um die zusätzliche Aufnahme Minderjähriger aus den griechischen Flüchtlingscamps ist am Donnerstagabend im Unnaer Ratssaal in **emotionsgeladenen Attacken eskaliert**. Die Unterstützer des Antrags, den wie berichtet der Integrationsrat eingebracht hatte, warfen den Gegnern Inhumanität vor.

- *Vorab: Der Antrag wurde mit Rot-Grüner Mehrheit gegen CDU, FLU und FDP angenommen, ebenso wie ein weiterer Antrag der Stadt Unna, in dem es darum geht, die „Seenotrettung“ auf griechische Flüchtlingslager auszuweiten. Demnach soll sich die Stadt nun als Mitglied im Städtebündnis „Sichere Häfen“ für die Aufnahme von Minderjährigen aus den Lagern auf den griechischen Inseln einsetzen. Unna erklärt sich zur Aufnahme über den „Königsteiner Schlüssel“ hinaus bereit. Die Stadt nimmt bereits über Soll Geflüchtete auf.*

In der teils lautstark geführten Debatte waren keine Zwischentöne möglich, sie entlud sich an einer scharfen Frontlinie zwischen **konservativ-liberalem und linksgrünem Lager**:

- Hier die **Gegner (CDU, FLU, FDP)**, die rechtliche und finanzielle Argumente gegen eine weitere Aufnahme junger unbegleiteter Minderjähriger (UMF) vorbrachten;
- dort die **Befürworter (SPD, Grüne)**, die mit humanitären Gründen konterten und den Gegnern des Antrags entsprechend Inhumanität vorwarfen.

Auf die jeweils schriftlich vorbereiteten Stellungnahmen von FLU-Fraktionschef Klaus Göldner und CDU-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Fröhlich reagierte **Grünen-Chefin**

Charlotte Kunert mit dem emotionalen Bekenntnis, diese Argumentationsweise „schmerze“ sie, tue ihr „körperlich weh“.

Bernd Dreisbusch, Fraktionsvorsitzender der SPD, sagte, er sei „schockiert über das, was der Fraktionsvorsitzende der CDU hier von sich gibt“:



Bernd Dreisbusch, seit 1. Juli 2019 Vorsitzender der SPD-Fraktion Unna. (Foto: SPD Unna)

„So etwas zutiefst Unmenschliches habe ich in Unna, hier in diesem Ratssaal, noch nicht erlebt.“ Er stelle sich vor, Fröhlich lese diese Stellungnahme (unten ungekürzt wiedergegeben) in einem griechischen Flüchtlingscamp vor. Es empfinde es als perfide, angesichts eines solchen humanitären Elends „moralisch auf Zuständigkeiten zu pochen. Das sage ich als Christ!“

FDP-Fraktionsvorsitzender Günter Schmidt betonte, es gebe zweifellos und bedauerlicherweise sehr viel menschliches Elend auf der Welt. Bei allem Mitgefühl müsse man als Bürgervertreter in Unna aber auch auf die Kosten sehen. Er erinnerte, dass sich Unna in der Haushaltssperre befindet (sie wird nach am Tag nach der nächsten Ratssitzung, am 6. 3., aufgehoben) und zahlreiche akute Mehrkostenblöcke zu stemmen hat.

Auf sein Argument, **dass für jeden unbegleiteten Minderjährigen monatlich 5000 Euro aufzubringen seien**, reagierten SPD-Vertreter mit lautstarker Abwehr.

Die **Quelle** für diese Zahlen, für die Schmidt einen Artikel im [Rundblick Unna](#) nannte, sei dasselbe, als hätte sich Schmidt die Zahlen **aus den Fingern gesogen**.

- [Über diesen Nebenschauplatz berichten wir HIER.](#)

Die Vorsitzende des Integrationsrates, Ksenija Sakelsek, warb in der Sitzung für ihren Antrag, der in der Integrationsratssitzung einstimmig angenommen worden sei.

Die rechtliche Frage könne nur die Bundesregierung klären. Unna könne aber, gerade als Mitglied im Städtenetzwerk „Sichere Häfen“, mithelfen, auf den Bund Druck auszuüben. Gerade Unna habe gute Voraussetzungen gerade für die Betreuung junger unbegleiteter

Flüchtlinge, unterstrich Sakelsek, nannte z. B. die Werkstatt Unna, die in diesem Bereich hervorragende Arbeit leiste. Um wie viele Minderjährige es letztlich gehe, hänge unter anderem von der Größe der Stadt ab.

Für die Stadtverwaltung verwahrte sich **Beigeordneter Dirk Wigant** gegen Mutmaßungen, die Stadt habe zusammen mit 15 weiteren Sichere Häfen-Netzwerkstädten aus NRW stillschweigend gemeinsame Sache gemacht.



Dirk Wigant, Beigeordneter der Stadt Unna. (Foto RB)

Es habe ein [gemeinsames Treffen in Bielefeld zum Thema griechische Flüchtlingscamps gegeben \(wir berichteten HIER\)](#), dort seien aber keinerlei verbindliche Absprachen getroffen worden. Man habe sich lediglich darauf verständigt, dass jede Kommune in ihren jeweiligen politischen Entscheidungsgremien die Frage diskutieren lasse: Soll die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge aus „Seenotrettung“ **zusätzlich auf Flüchtlinge auf den griechischen Inseln** ausgeweitet werden? Denn diese sind per Definition keine Seenotflüchtlinge.

Auch dieser Antrag wurde mit obiger Mehrheit angenommen.

FLU-Fraktionschef Klaus Göldner, der bereits vorab in einer Presseerklärung Stellung zu dem Antrag des Integrationsrates bezogen hatte, betonte, er werde die Position der FLU jetzt schriftlich vorbereitet verlesen, „damit ich hinterher nicht falsch interpretiert werde“.



Klaus Göldner, FLU. (Foto FLU)

„Flucht, Vertreibung und Elend stellen die Welt zunehmend vor große Probleme. Im Hinblick auf die immer weiter zunehmende Globalisierung kann es nur durch gemeinsame internationale Anstrengungen gelingen, Fluchtursachen in den jeweiligen Herkunftsländern zu verringern. Dem Elend auf der Welt kann nur durch eine gerechtere Ressourcenverteilung begegnet werden.

Bis zur Umsetzung nachhaltiger Lösungen werden bedrohte Menschen weiterhin in Länder zu gelangen versuchen, in denen sie ohne Angst und Elend leben können. Viele Menschen werden dabei auch weiterhin zu Lande und zu Wasser umkommen, was eine menschliche Katastrophe darstellt. Die Bundesregierung muss deshalb im Konsens mit der Weltgemeinschaft und den anderen Europäischen Staaten handeln. Legal nach Deutschland gelangende Flüchtlinge sind im Rahmen nachvollziehbarer Verteilerschlüssel nach gerechten Kriterien auf alle Bundesländer und Kommunen zu verteilen.

Die Versorgung und Integration zugewanderter Menschen mit Bleiberecht stellt die Kommunen vor immense finanzielle Probleme, zumal sie dabei immer weniger durch Land und Bund unterstützt werden. Sicher ist, dass Sonderlösungen die bestehenden Probleme nicht lösen werden.

Die Kreisstadt Unna hat sich im vergangenen Jahr, nach teils heftigen und kontroversen Diskussionen, dem Städtebündnis „Sichere Häfen“ angeschlossen. Die Diskussion wurde zeitweise polemisch geführt und Gegnern des Bündnisses zuweilen Unmenschlichkeit unterstellt. Anfängliche Beteuerungen, der Beitritt sei vorrangig symbolisch und nicht mit Kosten verbunden, sind offensichtlich unwahr. Ohne Wissen des Rates wurden in der Winterpause bereits Sondierungsgespräche mit anderen beteiligten Kommunen über konkrete Maßnahmen geführt.

Soeben hat die Stadt Dortmund eine Sonderaufnahme von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen beschlossen und gleichzeitig festgestellt, dass die Stadt dazu erforderliche Mittel allein zu tragen hat. Nun hat der Integrationsrat der Kreisstadt Unna den Antrag gestellt, Unna möge seine Aktivitäten, über die Seenotrettung hinaus, auch auf die

Aufnahme von unbegleiteten Jugendlichen erweitern, die sich zurzeit auf den griechischen Inseln aufhalten.

Dieser Sonderweg ist strikt abzulehnen, da er für Unna bei fehlender Unterstützung des Landes schlicht nicht finanzierbar ist. Dem Bündnis „Sichere Häfen“ sind bundesweit gerade einmal 41 Kommunen beigetreten. Ich denke, auch diese Zahl belegt, dass dieser Weg nicht der Richtige sein kann.“

Eine dreiseitige Stellungnahme hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Rudolf Fröhlich vorbereitet. (Sie war für Bernd Dreisbusch, SPD, „das Unmenschlichste“, was er in diesem Ratssaal je gehört hätte.)



Rudolf Fröhlich, Fraktionsvorsitzender der CDU Unna. (Foto RB)

„Einreise und Aufnahme von Migranten bzw. Flüchtlingen sind nach wie vor Themen, die durch die Bundesregierung zu entscheiden sind. Hierfür gibt es klare Regelungen, die u.a. vorsehen, dass eine Verteilung von Flüchtlingskontingenten durch den Bund zunächst auf die Bundesländer erfolgt. Die einzelnen Bundesländer wiederum verteilen die ihnen zugewiesenen Kontingente nach bestimmten Regeln (Stichwort „Königssteiner Schlüssel“) auf ihre Kommunen.

Das Argument der gerechten Verteilung von Lasten gilt daneben unbestreitbar auch auf EU-Ebene. Auch hier ist es Aufgabe der Bundesregierung, entsprechende Vereinbarungen mit den übrigen EUMitgliedsstaaten auszuhandeln. Die Verfahrensweise garantiert ein geordnetes Verfahren auf allen Ebenen und berücksichtigt bei der Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen innerhalb Deutschlands insbesondere deren Größe und Leistungsfähigkeit.

Diese Verteilung von Flüchtlingen nach einheitlichen Kriterien ist unerlässlich, sowohl für eine gerechte Verteilung der Lasten als auch für die finanzielle Unterstützung der Länder durch Bund und Länder (wobei uns allen aus der bisherigen Praxis bekannt ist, dass diese finanziellen Beiträge des Bundes ohnehin nicht kostendeckend sind).

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Kommunen besitzen nach unserer Auffassung **keinerlei Kompetenzen**, um eigenmächtig über die Einreise und die Aufnahme von Flüchtlingen, sozusagen „an der Bundesregierung vorbei“, zu entscheiden und eine Beteiligung des Bundes und der Länder an den Kosten ist bei einem solchen „Alleingang“ von Kommunen nicht zu erwarten, mindestens aber ungeklärt.

Soviel zunächst zu unseren rein formalen Bedenken gegen den Antrag des Integrationsrates. Diese Bedenken sowie meine nachfolgenden Ausführungen gelten im Übrigen auch gegen die aktuellen Bestrebungen, das „Städtebündnis Sichere Häfen“ über den Gedanken der reinen Seenotrettung hinaus auf alle Flüchtlinge auszuweiten!

Meine Damen und Herren,

alle Mitglieder dieses Rates wurden von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, politisch die Interessen der Kreisstadt Unna zu vertreten. Nicht zuletzt ist unser aller Motto, nachzulesen auf einem Stein in der Bürgerhalle, der Wahlspruch: „Suchet der Stadt Bestes“!

Daraus ergibt sich die Verpflichtung für alle Ratsvertreter, Schaden von der Stadt abzuwenden. Die finanzielle Situation, in der sich Unna befindet, ist zunehmend kritisch:

Die Ausgabe der Stadt übersteigen seit Jahrzehnten unsere Einnahmen. Dies hat allein in den letzten 10 Jahren zu einem Eigenkapitalverzehr von ca. 100 Millionen Euro geführt! Um für 2020 den notwendigen „ausgeglichenen Haushalt“ zu schaffen, hat der Kämmerer bereits vor Monaten eine Haushaltssperre verhängt. Wir werden dieses Ziel in diesem Jahr voraussichtlich schaffen, aber nur unter großen Anstrengungen und mit glücklichen einmaligen finanziellen Verbesserungen von „außen“ erreichen.

Die genannten finanziellen Verbesserungen stehen uns aber in den kommenden Jahren nicht mehr zur Verfügung! Da unsere bisherigen Spardiskussionen politisch allesamt gescheitert sind, besteht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgabe in Höhe von ca. 3 – 4 Millionen Euro/Jahr weiterhin fort. Für die Jahre 2021 ff bedeutet das aller Voraussicht nach einen weiteren Eigenkapitalverzehr und/oder eine erneute, kräftige Anhebung der Grundsteuern, um den Fehlbetrag auszugleichen. Unna wird dann voraussichtlich Tabellenführer jener Kommunen mit den höchsten Steuersätzen sein!

Insofern muss unserer Meinung nach die Forderung sein, zunächst einmal vor allem anderen! eine solide Finanzierung aller pflichtigen Aufgaben sowie vorrangig die Unterhaltung der Infrastruktur als kommunale Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Nicht zwingend notwendige zusätzliche Ausgaben sind künftig zu vermeiden!

In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, den stetig wachsenden Sanierungsstau in Unna zumindest stichpunktartig in Erinnerung zu rufen:

- Straßen sind marode und Sanierungsbedarfe müssen über Jahre „gestreckt“ werden
- Schulgebäude, Schwimm- und Sporthallen weisen erhebliche Sanierungsbedarfe auf
- Die Sanierungsmaßnahmen in der Stadthalle bleiben nur mühsam im Kostenrahmen, weil bestimmte Arbeiten zurückgestellt werden. Ein zusätzlicher Mittelbedarf von mehr als 500.000 Euro für weitere notwendige Arbeiten ist bereits festgestellt
- Das Rathaus ist sanierungsbedürftig: Das Szenario bewegt sich zwischen zwingend erforderlichen brandschutztechnischen Maßnahmen im 6-stelligen Bereich bis hin zu einer „Generalsanierung“ im 8-stelligen Millionenbereich
- Die „Lindenbrauerei“ benötigt eine neue Sprinkleranlage mit größerer Kapazität.
- Weitere Kostentreiber sind derzeit der Brandschutzbedarfsplan, die Eishallensanierung, steigende Kosten bei den Hilfen zur Erziehung, finanzielle Auswirkungen des neuen Kibitz-Gesetzes usw. usw. Die von mir aufgeführte Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Währenddessen diskutieren wir darüber, wie wir zusätzliche hauptamtliche Feuerwehrleute finanzieren können, um den Brandschutzbedarfsplan auch nur annähernd zu erfüllen, während der Technische Beigeordnete offen erklärt, dass es ihm an Personal fehlt, um die zeitnahe Bearbeitung vieler Bauanträge zu gewährleisten.

Auch Ordnungsamt und Ordnungsdienst sind personell unterbesetzt, während wir in den letzten Jahren die Personaldecke auch in vielen anderen Bereichen ausgedünnt haben und so den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus zusätzliche Belastungen aufbürden.

Und auch im Investitionsbereich sind zahlreiche Projekte mit erheblichen finanziellen Auswirkungen (Fußgängerzone, Neubau Schule und Kindergarten Hertinger Tor, Hellweg-Realschule, Neubau einer Flüchtlingsunterkunft an der Kamener Str. usw. usw.) anhängig.

Dies, meine Damen und Herren, soll mir an dieser Stelle als Beschreibung der Situation genügen. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen kann die CDU-Fraktion der Forderung nach einer freiwilligen zusätzlichen Aufnahme einer unbestimmten Zahl von Flüchtlingen erst dann zustimmen, **wenn verbindliche Finanzierungsvorschläge sowie die Frage der Kostenerstattungen durch Bund und Land geklärt sind.**

Meine sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich sehen auch wir die im Grunde guten Absichten hinter diesem Ansinnen. **Wir sind uns also durchaus bewusst, dass wir uns mit unserer Positionierung in das Spannungsfeld zwischen einer „humanitär“ begründeten Forderung und nüchterner haushaltspolitischer Abwägungen begeben.**

Wir erklären gleichzeitig, dass wir alle Bestrebungen unterstützen, die Bundesregierung zu verstärkten Bemühungen zu veranlassen, die Bedingungen für Flüchtlinge in den griechischen Flüchtlingscamps schnellstmöglich zu verbessern und die Gespräche mit den Partnerländern über humanitäre Lösungen voranzutreiben.

Dennoch sind wir der Meinung, dass wir als Ratsvertreter den Auftrag und die Verpflichtung haben, zu allererst die Interessen der Stadt Unna und ihrer Bürger zu vertreten. Dies ist ein Interessenkonflikt, den wir leider nicht lösen können.“